

im Waffengeschäft praktisch Null.

Der imperialistische Staat garantiert den Absatz und bewahrt die Produzenten vor Preisschwankungen. Die Kanonen-statt-Butter-Politik z. B. Reagans macht nicht nur die riesigen Summen für die vereinbarten Preise der Rüstungsgüter locker (sie werden oft gezahlt, bevor überhaupt produziert wird), sondern trägt auch die nachträglich oft in Milliardengröße verlangten „Mehrkosten“. Das Rüstungsgeschäft genießt außerdem zahlreiche staatliche Vergünstigungen, die immerhin 40 bis 50 Prozent des Grund- und 70 bis 80 Prozent des Zirkulationskapitals ausmachen.

Bei Einsatz eines relativ niedrigen Eigenkapitals werden Höchstpreise garantiert, weil der Staat den Rüstungsmultis besondere Steuervergünstigungen gewährt, vorrangig die Belieferung mit knappen Rohstoffen und strategischen Materialien sichert, zinslose Kredite gewährt, staatliches Eigentum (zum Beispiel Forschungs-labors und Produktionsanlagen) billig zur Nutzung bereitstellt und auch den Hauptteil der Kosten für die Entwicklung modernster Waffenarten trägt. Profitabel ist auch der Waffenexport. Halbherzige Einschränkungen aus der Zeit Carters wurden durch Reagan

Sozialismus — Bollwerk des Friedens

Führt man sich diese — unvollständigen — Gründe für das selbst unter Krisenbedingungen profitabelste Geschäft des Imperialismus vor Augen, dann ist nicht verwunderlich, warum der Militär-Industrie-Komplex, vor allem der in den USA, jeden Schritt effektiver Abrüstung und Rüstungskontrolle zu blockieren sucht und danach trachtet, den Konfrontationskurs zu forcieren. Dem setzt der Sozialismus un-



Es reicht noch nicht, die Raketen sind noch zu sehen!

(Entnommen aus „Prawda“)

aufgehoben. Die amerikanische Zeitung „Christian Science Monitor“ machte übrigens beim Handel mit dem Tod auf einen „merkwürdigen“ Zusammenhang aufmerksam: Zwischen 1965 und 1980 sei der Umfang des Waffenexports der USA gegenüber den vorhergehenden 15 Jahren um 50 Prozent gestiegen. Um genau den gleichen Prozentsatz stiegen die Staatsstreiche und militärischen Konflikte unter Beteiligung der Regierungen jener Länder, die US-Waffen erhielten.

beirr bares, beharrliches Wirken für die Sicherung des Friedens, für die Einstellung des Wettrüstens und für die Fortsetzung des Entspannungsprozesses entgegen. Beredter Ausdruck dafür sind die ungezählten Friedensinitiativen. So sind in der derzeitigen zugespitzten internationalen Situation die von L. I. Breshnew auf dem jüngsten Kongreß der Sowjetgewerkschaften unterbreiteten Vorschläge zu einem einseitigen

gen Moratorium für die Stationierung von Kernwaffen mittlerer Reichweite im europäischen Teil der UdSSR oder der Stopp bei der Ersetzung alter Raketen durch die neuere SS 20 von größtem Gewicht. Maßnahmen wie diese belegen immer wieder neu, daß die sozialistischen Staaten mit ihrer konsequenten Friedenspolitik die Lebensinteressen der ganzen Menschheit vertreten. Sozialistische Außenpolitik ist, wie Genosse Erich Honecker in seiner Rede vor den 1. Kreissekretären unterstrich, die Politik der friedlichen Koexistenz, der gegenseitigen vorteilhaften Zusammenarbeit und des aufrichtigen, konstruktiven Dialogs. Die Stärke des Sozialismus und sein aktiver Friedenskampf bieten allen, die auf vielfältige Weise für den Frieden eintreten, Rückhalt und Optimismus.

Dr. Manfred Klaus¹

1) Erich Honecker, Referat vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen, ND vom 13./14. Februar 1982

2) ebenda

3) X. Parteitag der SED, Dietz Verlag Berlin 1981, S. 15

4) W. I. Lenin: Werke, Bd. 22, S. 273